Niedersächsischer Städtetag

- Verband kreisfreier und kreisangehöriger Städte, Gemeinden und Samtgemeinden -

Prinzenstraße 23, 30159 Hannover,

Tel.: 0511/36894-0, Fax: 0511/36894-30

Internet: <http://www.nst.de>, E-Mail: post@nst.de

Presseinformation

Hannover, den 5. April 2006

Strukturänderung in Lüchow-Dannenberg auf Kosten der Städte und Gemeinden Städtetag kritisiert Finanzierungskonzept der Landesregierung

Nach Auswertung von Modellrechnungen über die Auswirkungen im kommunalen Finanzausgleich sieht der Niedersächsische Städtetag seine Befürchtungen bestätigt, dass die Landesregierung die geplanten Strukturänderungen im Landkreis Lüchow-Dannenberg auf Kosten der übrigen Städte und Gemeinden in Niedersachsen verwirklichen will. Daran übt der Hauptgeschäftsführer des Niedersächsischen Städtetages, **Heiger Scholz**, massive Kritik.

„Das Grundproblem in Lüchow-Dannenberg liegt in der zu geringen Leistungskraft und dem zu hohen Ausgabeverhalten des Landkreises. Dieser Landkreis soll jedoch erhalten bleiben, und die zusätzlichen Finanzmittel zu seiner Stärkung sollen Städte und Gemeinden außerhalb des Kreises durch Kürzung ihrer Finanzausgleichszuweisungen aufbringen“, beschrieb Scholz die Wirkungen des Gesetzesvorhabens der Landesregierung. Unabhängig davon, ob künftig unterhalb der Kreisebene in Lüchow-Dannenberg zwei oder drei Samtgemeinden bestehen bleiben sollen, würden rund 1,5 Mio. Euro Finanzausgleichsmittel von den übrigen Städten und Gemeinden in Niedersachsen zugunsten des Kreises und der Gemeinden in Lüchow-Dannenberg umgeschichtet.

Scholz forderte, dass das Land die Strukturreform in Lüchow-Dannenberg aus eigenen Haushaltsmitteln finanziert und nicht zu Lasten der Gesamtheit der Städte und Gemeinden in Niedersachsen, die auf die Finanzausgleichszuweisungen angewiesen seien. Dies müsste umso mehr gelten, weil das Land beginnend ab 2005 die Finanzmittel für die Kommunen jährlich um mehr als 150 Mio. Euro gekürzt habe. Es sei nicht hinzunehmen, so Scholz, dass das Land die Veränderung der überholten Struktur in Lü-

chow-Dannenberg durch die übrigen Städte und Gemeinden bezahlen lasse und selbst nicht bereit sei, finanzielle Verpflichtungen zu übernehmen. Die kreisfreien Städte (ohne Hannover) würden beispielsweise mit 150.000 Euro (bei drei Samtgemeinden) bzw. 200.000 Euro (bei zwei Samtgemeinden) belastet; die Landeshauptstadt Hannover wäre direkt mit 188.000 Euro (zwei Samtgemeinden) bzw. 140.000 Euro (drei Samtgemeinden) betroffen.

Scholz forderte die Landesregierung auf, die Strukturreform in Lüchow-Dannenberg folgenneutral für die übrigen Städte, Gemeinden und Landkreise in Niedersachsen durchzuführen.